

Eine gute Wahl: Mehr Frauen in die Aufsichtsräte

16. September 2009

Britische Botschaft Berlin

Statement von Monika Schulz-Strelow

Präsidentin FidAR - Frauen in die Aufsichtsräte e.V.

Nur gesetzliche Maßnahmen zeigen Wirkung

Eine Nachricht hat die Öffentlichkeit in der vergangenen Woche aufgerüttelt: Mit Simone Bagel-Trah übernimmt erstmals eine Frau den Vorsitz im Aufsichtsrat und dem Gesellschafterausschuss eines Dax-Konzerns. Sie übernimmt damit die Verantwortung für den Henkel Konzern mit 52.000 Mitarbeitern und 14 Milliarden Euro Umsatz.

Dies ist eine sehr gute Nachricht. Doch sie muss uns nachdenklich stimmen. Denn die Tatsache, dass wir erst im Jahr 2009 ein solches Ereignis erleben können, legt ein eklatantes Missverhältnis offen: In den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft sind Frauen nach wie vor massiv unterrepräsentiert. Nach einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sind Frauen in den Aufsichtsräten der 200 größten deutschen Unternehmen außerhalb des Finanzsektors mit einem Anteil von 9 Prozent nach wie vor kaum präsent. Etwa drei Viertel der hier vertretenen Frauen wurden zudem nur aufgrund der Mitbestimmungsregelungen als Arbeitnehmervertreterinnen in den Aufsichtsrat berufen.

Im internationalen Vergleich liegt Deutschland nach einer Studie der Europäischen Kommission zur Zusammensetzung der höchsten Entscheidungsgremien der größten börsennotierten Unternehmen in Europa 2008 mit einem Frauenanteil von insgesamt 13 Prozent nur knapp über dem europäischen Durchschnitt von 11 Prozent. Auch diese Position ist dem relativ hohen Anteil an Arbeitnehmervertreterinnen zu verdanken. Betrachtet man die Anteilseignerseite, gehört Deutschland mit ca. 4 Prozent zu den Schlusslichtern in Europa.

Dies zeigt: Es ist höchste Zeit, dass wir bei der Corporate Governance in Deutschland strukturell umdenken. Alle Appelle reichen meines Erachtens nicht aus. Wir brauchen kurzfristig eine verbindliche Quote von mindestens 25 Prozent Frauen in Aufsichtsräten. Dies wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wirtschaft. Wir müssen grundlegende Veränderungen durchzusetzen.

Die Neufassung des Corporate Governance Kodex, der jetzt von den Unternehmen die Beachtung der Vielfalt – worunter mehr Frauen und mehr Internationalität zu verstehen ist – bei der Auswahl von Vorständen und Aufsichtsräten fordert, setzt ein Zeichen in die richtige Richtung. Jetzt liegt es an den kapitalmarktorientierten Unternehmen, in der Entsprechenserklärung darzulegen, warum nur so wenige Frauen Führungspositionen besetzen. Aber dies ist nicht genug. Wir brauchen eine gesetzliche Quote, um die Mauer in den Köpfen zu durchbrechen, die bisher immer als gläserne Decke bezeichnet wurde.

Die Bundeskanzlerin hat zuletzt unmissverständlich deutlich gemacht, dass in diesem Bereich etwas passieren muss. Sie sieht, dass die Wirtschaft hinsichtlich der Gleichberechtigung immer noch ein weitgehend geschlossener Bereich ist und bezeichnet dies als nicht hinnehmbar. Auch wenn sie sich mit der Einführung einer verbindlichen Quote eher schwer tut, so hat sie in

einem Interview in der Wochenzeitung DIE ZEIT vom 22.01.09 doch deutlich gemacht, das es ohne die Hilfestellung eines Quorums im Bundesvorstand der CDU heute nicht fast 50 Prozent Frauen gäbe. Und man darf auch die Frage in den Raum stellen, ob es ohne dieses Quorum heute eine Bundeskanzlerin gäbe. Mutiger ist dagegen Frau Böhmer, die Bundesvorsitzende der CDU-Frauen Union. Sie setzt, sollten freiwillige Maßnahmen nicht greifen, auf die Wirkung einer gesetzlichen Quote.

Auch die Corporate Governance Kommission, vertreten am heutigen Tage durch Frau Daniela Weber-Rey, wird heute in ihrem Statement in unserer Veranstaltung die Forderung nach einer Quote als ein Mittel, wenn auch als letzte Option, nicht ausschließen.

Somit liegen wir mit unseren FidAR-Forderungen grundsätzlich auf der Linie anderer allgemein- und gesellschaftspolitischer Positionen. Jedoch bringt die alleinige Quotendiskussion uns nicht weiter, sondern verhärtet eher Fronten. Wir sehen in unserer Forderung nach der kurzfristigen Einführung einer Mindestquote von 25 Prozent diese als Katalysator an, um dem Ziel der paritätischen Besetzung der Aufsichtsräte in einem absehbaren Zeitraum näher zu kommen. Denn hier ist nicht der Weg das Ziel. Wir wollen den Weg zum Ziel gemeinsam verkürzen, zum Wohle der guten Unternehmensführung und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern.

Es ist gerade mal ein Jahr her, dass Lehman Brothers uns wirtschaftlich in die Knie gezwungen und die Finanzkrise ausgelöst hat. Seitdem wurde der Ruf nach Frauen in den Führungs- und Kontrollgremien lauter, da viele Männer sich für eine Weile wegduckten. Das Bild der „modernen Trümmerfrauen“ machte die Runde. Frauen übernahmen – um ein Beispiel zu nennen – die Führungspositionen in der isländischen Regierung und in zwei der drei schwer angeschlagenen Banken. Und auch z.B. bei der Düsseldorfer Sparkasse wurde gezielt gleich zwei Frauen in den Vorstand berufen.

Ich werde in Interviews immer wieder gefragt, ob Frauen die besseren Aufsichtsräte gewesen wären. Dies ist eine sehr hypothetische Frage. Aber ich bin davon überzeugt, dass wir mit gemischt besetzten Kontrollgremien eine andere Entwicklung in der Wirtschaft sehen würden, die stärker auf Nachhaltigkeit und langfristiges Denken setzt. Wäre dies der Fall gewesen, müssten wir uns jetzt vielleicht nicht mit der aktuellen Krise dieses Ausmaßes auseinandersetzen.

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass die Corporate Governance in Deutschland strukturell reformiert werden muss. Wenn die Unternehmen das Vertrauen der Öffentlichkeit zurückgewinnen wollen, sollten sie jetzt darüber nachdenken, verkrustete Strukturen aufzubrechen. Aufsichtsräte und Führungskräfte müssen zudem grundsätzlich besser qualifiziert sein und leistungs- und kompetenzabhängig ausgewählt werden. Hier hat das Umdenken noch nicht ausreichend eingesetzt.

Jetzt ist es an der Zeit zu klären, wie viele Positionen innerhalb welcher Zeit mit Frauen besetzt werden sollen. Norwegen hat es mit seiner Regelung erfolgreich vorgemacht, in Österreich befasst sich die Ministerin für Gleichstellung, Frau Heinish-Hosek, intensiv mit dem Thema und formuliert entsprechende Forderungen, in Schweden gibt es keine Quotenvorgabe, dafür aber Zielvorgaben. Das jeweilige Unternehmen dort regelt es selbst, aber auch die schwedische Botschafterin in Deutschland, Ruth Jacoby, sieht, dass die staatlichen schwedischen Maßnahmen in den Führungsetagen der Unternehmen nicht ausreichend greifen.

Den Blick zurück auf unser Land! Wir stehen vor einer neuen Legislaturperiode. Die dann neu gewählte Bundesregierung wird sich, wie die Unternehmen, um unser Vertrauen bemühen müssen. Sie wird unsere Forderungen nicht nur anhören, sondern sich damit intensiv auseinandersetzen und handeln müssen. Wir haben einen großen Vorteil: FidAR, als Speerspitze der Bewegung, kann die Forderungen mit vielen deutschen Frauenverbänden gemeinsam vertreten, denn sie alle haben sich mit dem Thema Frauen in Führungspositionen seit dem letzten Jahr sehr intensiv befasst und schauen ganz genau hin. Und wir wissen das zuständige Ministerium auf unserer Seite.

Unsere Aktionen, auf den Hauptversammlungen der Aktiengesellschaften nachzufragen, wieso keine Frau im Aufsichtsrat vertreten ist, werden gemeinsam mit djb und den Anwältinnen im deutschen Anwaltsverein fortgesetzt. Diese gemeinsamen Aktionen machen uns stark. Und wir merken, dass wir immer stärker das Gehör der Öffentlichkeit finden, wie es die heutige Veranstaltung, zu der wir fast doppelt so viele Anmeldungen wie freie Plätze verbuchen konnten, eindrucksvoll unterstreicht. Würde das Thema nicht ernst genommen, hätten wir heute nicht so exzellente Sprecher und nicht einen so großen Andrang.

FidAR begrüsst es, dass auch viele männliche Mitglieder unser Anliegen – mehr Frauen in die Aufsichtsräte – hervorragend in ihre Kreise hineintransportieren. Es ist jetzt Zeit, den Worten auch Taten folgen zu lassen!